

## Inland.

Berlin, den 13. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Wirklichen Legationsrath Grafen von Bülow zum Unter-Staats-Sekretair für die auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen und demselben in dieser Eigenschaft den Rang eines Rathes erster Klasse beizulegen.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Antrag vom 24ten d. M. bewillige Ich in Ausführung aller bis zum heutigen Tage begangenen Holz-Diebstähle und Forst-Frevel, so weit dieselben den Strafbestimmungen des Gesetzes vom 7. Juni 1821 und der Erlasse vom 5. August 1838 und 4. Mai 1839 unterliegen, den Erlass der verwirkten Strafen, so wie da, wo noch nicht rechtskräftig erkannt worden ist, die Niederschlagung der Untersuchung, unbeschadet jedoch der Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatz des verursachten Schadens.

Sanssouci, den 26. Juni 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.  
An die Staats-Minister Bornemann und Hansemann.  
Potsdam, den 11. Juli.

Ihre Königl. Hoheit die verwitwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, nebst Höchsteren Tochter die Herzogin Louise Hoheit, sind von Schwerin kommend, auf Schloß Sanssouci eingetroffen.

†† Posen, den 14. Juli. Einen neuen Beweis der Anerkennung und Hochachtung erhielt Herr General-Lieutenant v. Steinäcker Excellenz durch das ihm vom Magistrat und Stadt-Verordneten hiesiger Stadt ertheilte Ehrenbürgerrecht. Behufs Uebergabe des Ehrenbürgerbriefs empfing Herr v. Steinäcker gestern Mittag 1 Uhr in seiner Behausung fast sämtliche Mitglieder der beiden städtischen Collegien und nahm das betreffende Diplom aus den Händen des Herrn Ober-Bürgermeisters Naumann entgegen. Herr Naumann sprach bei dieser Gelegenheit Namens der Stadt dem Herrn General den innigen Dank für dessen rastloses, umsichtiges Bemühen zum Schutz derselben und zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung während der jüngsten verhängnißvollen Zeit aus, und bat ihn, die so oft bewiesene Freundschaft und sein Wohlwollen den Bewohnern Posens auch für die Folge zu erhalten. Hr. v. Steinäcker dankte für die ihm erwiesene große Ehre mit sichtlichlicher Rührung, und bemerkte namentlich in seiner Rede, wie er zwar die bösen Tage hinter uns glaube, wie aber die Bewohner Posens jederzeit, und falls namentlich wider Erwarten ernste Momente wieder eintreten sollten, auf seine unablässige Fürsorge für das Wohl und die Ruhe der Stadt rechnen könnten. \*)

\* Posen, den 14. Juli. Nachfolgende Adresse ist, mit sehr zahlreichen Unterschriften bedeckt, vor einigen Tagen von hier aus, an die National-Versammlung in Frankfurt abgegangen.

„An eine Hohe Deutsche National-Versammlung zu Frankfurt a. M.  
Hohe National-Versammlung!

Die Deutschen Gebiete der Provinz Posen sind schon längst durch einen Beschluß des Bundestages dem Deutschen Bunde einverleibt worden. Wir haben diesen Beschluß damals nur als Anerkennung unseres guten Rechtes betrachtet, das wir aufzugeben niemals im Stande sein werden. Auf eine Hohe National-Versammlung richten sich jetzt voll der freudigsten Hoffnungen die Augen Aller, durch deren Adern Deutsches Blut fließt; wir erblicken in derselben die erhebende Darstellung der ganzen Größe unseres Volkes. Aber um so fester wurzelt auch das Vertrauen in uns, daß, was durchaus eine Ehrensache unserer Nation ist, im Sinne des Deutschen Volksthum von Einer Hohen National-Versammlung werde entschieden werden. Daß Eine Hohe National-Versammlung kein Bedenken tragen werde, ein überwiegend von Deutschen bewohntes Land als Deutsch anzuerkennen, haben wir zwar nie bezweifelt, denn wir sind durch heilige Bande, als den Buchstaben des Gesetzes mit dem Deutschen Vaterlande verknüpft; aber nachdem Eine Hohe National-Versammlung beschlossen hat, die Verhältnisse dieses Landes noch einer besonderen Prüfung zu unterwerfen, deren Ergebnis wir mit sicherer Zuversicht erwarten, fühlen wir uns gedrungen, an Eine Hohe National-Versammlung den dringenden Antrag zu stellen:

so bald als möglich unsere Einverleibung in den Deutschen Bund ausdrücklich anzuerkennen.

Unsere Zustände, die von den entsetzlichen Zerrüttungen des Bürgerkrieges kaum genesen sind, drohen einer neuen noch unheilvolleren Verwirrung entgegen zu gehen, wenn durch Hinausschiebung der Entscheidung Einer Hohen National-Versammlung unsere Regierung geschwächt und unsere Feinde ermuthigt werden; unsere Herzen aber schlagen zu warm für die Sache des Deutschen Volkes, um in den großen Tagen seiner Erhebung nicht jeden Aufschub der Anerkennung unseres heiligsten Rechtes schmerzlich zu empfinden.“

Posen, den 5. Juli 1848.

†† Berlin, den 13. Juli. Die hyperkritische Richtung, welche die geistige Thätigkeit in Deutschland in den letzten Decennien genommen hat, trägt jetzt ihre traurigen Früchte. Denn seit dem allgemeinen Umschwung, der durch die Ereignisse dieses Frühjahrs eingetreten ist, hat sich die Kritik fast ausschließlich auf den Boden des Staats geworfen, und übt hier ihre förmlich zersetzende Wirkung. Wer hätte es Personen, wie dem Mathematiker Jakob, dessen frühere politische Zahmheit sprichwörtlich geworden, und der erst vor zwei Monaten seine

\*) Der Ehrenbürgerbrief ist in der mit der Deckerschen Hofbuchdruckerei verbundenen lithographischen Anstalt von Hrn. Lithographen Lehmann gearbeitet und sehr geschmackvoll ausgeführt.

„Jungferrede“ im konstitutionellen Klubb hielt, damals abgemerkt, daß er heute an der Spitze eines republikanischen Vereins stehen, und dort „die strengsten Konsequenzen“ staatlicher Freiheit deduciren würde, wer hätte einen Berliner Präsidenten und mäuschenstille Professoren als thätige Mitglieder von Vereinen, wie der für Volksrechte, Volksclubb, demokratischer Klub vermutet? Der Strudel hat Personen ergriffen, die noch vor kurzer Zeit „begrifflich“ sehr gut „die rein ständische Monarchie“ als die für Preußen und Deutschland am Besten passende Regierungsform definiren konnten, denen selbst der absolute Rosk gar nicht unbeschwerlich war, und die ihn jetzt ausgethan und mit Geschicklichkeit einen modernen angezogen haben. Und urplötzlich fließt bei Vielen die politische Ader, die trotz aller Mühe früher erstarrt war, so reichlich, es tritt eine solche Entfesselung ihrer politischen Lebensäußerungen ein, daß sie alle Schrecken für nichts achten, und an der äußersten Grenze angekommen, hier den Quell entdecken, aus dem allein der staaten-verjüngende Strahl sprudelte. Denn im Ernst genommen, thun Viele der Herren, die früher nicht zu den lauesten Verehrern des Hofes gehörten, und denen eine Einladung dahin sehr viel galt, auf einmal so, als seien sie in republikanischen Grundsätzen auferzogen, und als wäre ihr bisheriges Leben durchaus vom Princip der reinsten demokratischen Freiheit getragen worden. Da werden plötzlich Adressen nach Frankfurt entworfen und unterzeichnet, in denen der National-Versammlung Mißbilligung zuerkannt wird, daß sie „einen Unverantwortlichen“ gewählt, und „Hochverrath an dem Rechte der Nation“ begangen habe. Zuletzt weiß man in der That nicht, wie man diese Vereine bezeichnen soll, die dem höchsten gesetzgebenden, einzig die Nation zu Recht vertretenden Körper, den Beifall oder das „tiefe Mißtrauen“ der Nation dekretiren, was man glauben soll, wenn „der Ausschuß des demokratischen Congresses“ im Moment der alle Gutgesinnten mit inniger Freude erfüllenden Abstimmungen über die Wahl eines Reichsverwesers an die Frankfurter Straßenecken ein Plakat anheften läßt, in dem der Nationalversammlung der Gehorsam aufgekündigt und sie durchweg als des Vertrauens der Nation verlustig erklärt wird. Bald kann es dahin kommen, daß diese Vereine im Bewußtsein der in ihnen repräsentirten „Souverainetät der Nation“ den Gehorsam der National-Versammlung wirklich aufkündigen und sich als die rechtlichen Vertreter des Volkswillens betrachten werden, und es ist drum an der Zeit, diesem sehr häufig unberechtigten Treiben entgegenzutreten. — Der Antrag des Königsberger Jakobi gehört auch zu denen, deren Sophistik auf der Hand liegt. Zugegeben, daß die Berliner constituirende Versammlung das Recht hat, dem Ministerium einen Vorwurf wegen des bekannten Vorbehalts bei der Wahl des Reichsverwesers zu machen, so fehlt ihr doch das Recht, dem Frankfurter Parlament den Vorwurf wegen der Wahl eines Unverantwortlichen zu dekretiren, und der Konflikt zwischen beiden Versammlungen wäre bei der Annahme des Jakobi'schen Antrags offen da. Man sieht drum der Verwerfung des Antrags mit Gewißheit entgegen.

Berlin. — In der Sitzung der constituirenden Versammlung vom 12. sprachen Abegg (Kreuznach), Balzer, Kämpf, Baumstark, Stein, Wachsmuth, Lemme theils für, theils gegen den Jakobischen Antrag, der schließlich mit 262 gegen 53 Stimmen verworfen wurde. 48 Mitglieder enthielten sich dabei jeder Abstimmung.

Breslau, den 11. Juli. Nach einigen Wochen leidlicher Ruhe haben wir gestern wieder einen bewegten Abend erlebt. Der Grund der lebhaften Bewegungen auf den Straßen war ein ziemlich unbedeutender, die Verhaftung des Schneidergesellen Falkenhain. Es bilden sich Viele und namentlich die Mitglieder der „Germania“, deren Präsident der Verhaftete war, ein, daß mit ihm die Reihe der politischen Verhaftungen begonnen habe, weshalb einige Hausen hiesiger Einwohner es unternahmen wollten, dieses, wie sie es nannten, „reaktionaire“ Verfahren im Keime zu ersticken und den Verhafteten zu befreien. Die Zahl der zu diesem Schritte Vereinten mochte etwa 100 sein, denen sich eine gleiche Anzahl Neugieriger anschloß. Sie zogen zuerst vors Inquistoriat und dann vor das Rathhaus, allein die Besetzung dieser Stellen durch Bürgerwehr machte ihnen jeden Versuch eines Angriffs unmöglich. Die Bürgerwehr und ihre Anführer thaten das Möglichste zur gütlichen Zerstreuung der Gruppen, so daß ein ernstlicher Angriff nirgends erforderlich war, obgleich um ½ 11 Uhr Generalmarsch geschlagen und sämtliche Bürgerwehr allarmirt werden mußte. Auch von Seiten des Militärs waren für den Nothfall Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Wachtposten verstärkt und Truppen consignirt. (Schl. Ztg.)

Hamburg, den 10. Juli. Heute Abend um 8 Uhr erhalten wir noch Kopenhagener Blätter vom 8. d., die nichts weniger als friedlich lauten und keine Spitze über den Waffenstillstand melden. Der König von Schweden und Norwegen wurde am 8. d. auf dem Schlosse Frederiksborg erwartet. Es waren wieder Schwedische Truppen in Helsingör von Landscrona angekommen. Unter den Schwedischen Kriegsschiffen herrschte große Bewegung. Die Sprache der Dänischen Blätter lautet höchst feindselig gegen die Schleswig-Holsteiner. Die Aburtheilung von Schiffen findet fortwährend statt, und sind mehrere noch am 8. d. für gute Preise erklärt, dagegen bei den meisten jedoch die Ladung als aus nicht Deutschem Eigenthum bestehend, freigegeben. (Hamb. Corr.)

Frankfurt a. M., den 9. Juli. In der 33ten Sitzung der Deutschen National-Versammlung hatte der Ausschuss für die Wehr-Angelegenheiten in seinem Bericht „über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit Deutschlands und über die Mittel zur Verbesserung desselben“ (Berichterstatter v. Auerwald) folgende Anträge gestellt: „Eine hohe National-Versammlung wolle die Deutschen Regierungen durch den Bundestag einladen lassen, ihre Bundes-Kontingents-truppen nach Verhältnis der Waffengattungen auf diejenige Zahl zu bringen, welche dieselben nach Maßgabe des bestehenden Prozentsatzes bei der gegenwärtigen durch die letzte Volkszählung festgestellten Bevölkerung wirklich haben müssen; die Ausführung dieser Maßregel aber in möglichst kurzer Frist zu sichern.“ — „Eine hohe National-Versammlung wolle ferner beschließen, die einzelnen Deutschen Regierungen einladen zu lassen: 1) so schnell als möglich die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Volksbewaffnung vornehmen zu lassen, deren Grundzüge die in der Arbeit begriffene allgemeine Wehr-Versaffung demnächst enthalten wird; 2) in Betracht, daß diese allgemeine Volksbewaffnung so schnell und so genügend, als die Verhältnisse es erheischen, nicht wird ins Leben treten können, als ersten Bann dieser Volkswehr die verlangte Zahl von 340,000 Mann des baldigsten in folgender Maßgabe in bereiten Stand bringen zu lassen: Die verlangte Verstärkung von 340,000 Mann, nach Maßgabe der Bevölkerung auf die einzelnen Deutschen Staaten repartirt, wird durch die betreffenden Regierungen sofort auf gesetzlichem Wege zur Aushebung designirt (ohne einstweilen wirklich ausgehoben zu werden), wobei freiwillige Anmeldungen zu erleichtern sind; diese so designirten Mannschaften werden, ohne sie dadurch in ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu behindern, in den einzelnen Gemeinden und Bezirken, so weit als thunlich, in freien Stunden in taktischen Bewegungen kriegsmäßig geübt: — es wird sofort durch die unter den Waffen befindlichen Bundestruppen die Bildung einer hinreichenden Anzahl kleinerer Cadres vorbereitet, welche bei Ausbruch eines Krieges der eben bezeichneten, neu auszubehenden Volkswehr von 340,000 Mann als Anhaltspunkt ihrer ferneren Forderungen dienen. Die Deutschen Regierungen werden endlich ersucht, ohne Verzug und ohne Unterbrechung für Beschaffung von Waffen, Munition und nothwendiger Bekleidung für diese Verstärkung aus der Volkswehr Sorge tragen zu wollen.“ Ueber diese Anträge wurde in der heutigen Sitzung die Diskussion eröffnet. Der erste Redner, v. Radowiz, verbreitete sich über die Stellung Deutschlands zwischen zwei großen Kontinental-Mächten, gegen deren Angriffe es gerüstet sein müsse. Auf eine Allianz mit einer von beiden sei nicht zu rechnen; der einzige in solchen Fällen natürliche und nützliche Verbündete sei keine Kontinentalmacht; er lege ein großes Gewicht in die Waagschale, könne aber nicht unsere Vertheidigung übernehmen. Deutschland werde und müsse sich selbst genügen. Der Redner weist nach, daß Frankreich 350,000 Mann, Rußland 400,000 Mann zu einem Offensiv-Krieg gegen Deutschland aufstellen können, und daß die zu einem solchen Kriege, so wie zur Besetzung aller Grenzen und Festungen, erforderliche Deutsche Heeresmacht 700,000 Mann betragen müßte. Die Bundes-Kontingente belaufen sich auf 450,000 Mann. Um den Unterschied auszugleichen, bedürfe es nur der Entschlossenheit. Die Gegenwart erfordere, daß das ganze bewaffnete Volk am Tage der Gefahr in die Waagschale geworfen werden könne. Das Institut der Bürgerwehr sei zur Kriegsführung nicht hinreichend, wie das Beispiel Frankreichs im Jahre 1782 gezeigt habe. Als Vorbild müsse die Preussische Landwehr dienen, aber mit der Linie noch inniger verschmolzen und das zweite Aufgebot etwa bis zum 45. Lebensjahre ausgedehnt werden. Es würden dadurch nahe an 2 Millionen Streibarere disponibel. Der Redner beantragt ein Amendement des Inhalts, daß die deutschen Regierungen aufgefordert werden, ihre Kontingente (1stes Aufgebot) auf 1½ Prozent der Bevölkerung nach der neuesten Zählung zu erhöhen, den hieraus hervorgehenden Mehrbedarf an Mannschaft sofort zu bezeichnen und bereit zu halten und ihre Vorräthe an Kriegsmaterial jeder Art mit dieser vermehrten Leistung in Uebereinstimmung zu bringen. Wiesner ist gegen eine Vermehrung des stehenden Heeres, weil sie dem Volke unnütze Lasten auferlege und die Sympathieen für die Volkswehr ersticke. Einen Krieg mit Frankreich fürchte er nicht. „Nehmen Sie das Bündniß, das Frankreich uns angeboten, an; verbinden wir uns innig mit der edlen Französischen Nation. Arm in Arm mit Frankreich fordern wir unser Jahrhundert in die Schranken.“ Stravenhagen ist nicht gegen ein Bündniß mit Frankreich; aber Deutschlands sei es nicht würdig, als Bettlerin zu erscheinen. In Frankreich verlange Niemand Abschaffung der stehenden Heere; die Franzosen seien eben die Praktiker und wir die Theoretiker. Die Volksbewaffnung könne nicht im Augenblick der politischen Krisis eingeführt werden, und das Experiment der Volkswehr, geordneten und geübten Heeren gegenüber, möchte sehr traurig ausfallen. v. Beckerath: „Sonst waren die Heere die Stützen des Absolutismus. Jetzt dienen sie zur Vertheidigung unserer Freiheit; sie bestehen aus unseren Söhnen und Brüdern, wer würde nicht gern die Kosten tragen? Man appellire nicht an die niedrigen Richtungen, sondern an die edleren Kräfte. Zeigen wir zum drittenmale (wie bei der Marine und der Wahl des Reichsverwesers), daß wir ein einziges Volk sind, das für seine Freiheit und Selbstständigkeit einsteht. Auch Bündnisse können wir nicht abschließen, wenn wir nicht gerüstet dastehen.“ Werner weist auf die Lehren der Geschichte hin, die da zeige, daß Bundesgenossen von jeher ihre Hilfe theuer verkaufen. Er weist das Bündniß mit Frankreich zurück, obgleich er anerkennt, daß wir diesem Volke viel danken. „Der Sultan,“ fährt er fort, „der sein Heerwesen desorganisirte, hat sein Reich zu Rußlands Füßen niedergeworfen. Es wäre Thorheit, jetzt das Heer zu entwaffnen.“ Der Redner will, daß die Jugend zum Kriegsdienst erzogen werde. Die Freiheit bedürfe keiner

Groberungen, sondern der Stütze verwandter Nationen. Neh beantragt, daß die Abstimmung auf acht Tage verschoben werde, weil der Ausschussbericht Vielen erst heute zugekommen, auch die Central-Gewalt in naher Aussicht stehe. Der Antrag von Neh wird angenommen.

Frankfurt a. M., den 10. Juli. (D. P. A. Z.) In der heutigen 34ten Sitzung beschloß die Deutsche National-Versammlung bezüglich des angeblich zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes nach längerer Verhandlung, in Anbetracht, daß bisher nur unverbürgte Gerüchte und nicht offizielle Zeitungsartikel vorliegen, und daß es gesetzlich nur dem Reichsverweser im Einverständnis mit der National-Versammlung zusteht, Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen, zur Tagesordnung überzugehen. Da nach einer vom Präsidenten am Schlusse gemachten weiteren Mittheilung der Erzherzog Johann von Oesterreich wahrscheinlich schon morgen früh hier eintreffen wird, so wurde auf morgen früh 8 Uhr Sitzung anberaumt, um über die Art des Empfanges Beschluß zu fassen.

Frankfurt a. M., den 12. Juli, 4 Uhr Nachmittag. Der Erzherzog Johann hat gestern Abend seinen Einzug gehalten und heute Morgen sein Amt in der National-Versammlung feierlich übernommen. Sodann hat die Bundesversammlung ihm ihre Gewalt übergeben. Er eröffnet am 18. den Reichstag in Wien und kehrt dann bleibend hierher zurück. — Camphausen wird Minister-Präsident und hat angenommen.

Altenburg, den 9. Juli. Durch Bekanntmachung des Staatsministeriums in Sachsen-Weimar ist in Folge Beschlusses des Großherzogs zur Feier der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser ein feierlicher Gottesdienst in allen Kirchen des Landes auf den 16. Juli bestimmt worden.

Oldenburg, den 8. Juli. Gestern war hier ein Tag des Jubels. Als die Nachricht von der Annahme der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser angekommen war, sah man auf dem Stau alle Schiffe mit Flaggen und Wimpeln geschmückt und vor dem Rathhause flatterte die Fahne mit den Deutschen Farben. Um 8 Uhr Abends verkündeten 25 Kanonenschüsse der Stadt und Umgegend die Bedeutung des Tages, während sich die sämtliche Bürgerwehr versammelte und unter Musik und Begleitung Tausender von Menschen in die Stadt auf den Marktplatz zog. Auch die Schiffergilde mit ihren Fahnen hatte sich dem Zuge angeschlossen. Nachdem die Musik gespielt, hielt ein Bürgergardist eine Rede und ließ zuletzt den neuen Reichsverweser Erzherzog Johann hoch leben, worin Alles einstimmte. Darauf wurde Arndt's Deutsches Vaterland und noch einige andere Lieder gesungen und inzwischen einige Flintensalven gegeben, worauf sich die Masse zerstreute.

(W. Z.)

München den 8. Juli. Nachdem heute auch auf offiziellem Wege die Nachricht hier eingetroffen war, daß Erzherzog Johann die Reichsverweserstelle angenommen habe, wurde sofort eine halbe Stunde lang mit allen Glocken geläutet und auf einigen Thürmen, am Ständehause etc. die deutsche Fahne aufgezogen. Morgen ist aus Anlaß dieses hochwichtigen Ereignisses feierlicher Gottesdienst und große Festparade.

Wien, den 7. Juli. Zu dem vom Erzherzog Johann empfangenen Studentencomité sprach derselbe folgende Worte: Lieben Freunde! Ich bin ein alter Oesterreicher, ein alter Deutscher Mann, meine letzten Lebensstage will ich dem Wohle des Vaterlandes widmen, mein Wille ist gut, Der, welcher oben das Schicksal der Welt leitet, wird mich richten. Ich will so handeln, daß ich ohne Angst vor seinem Richterstuhl treten könne. Sie, meine jungen Freunde der Universität, haben viel gethan, wirken Sie zum allgemeinen Wohl, auf Sie verlasse ich mich ganz besonders.

(Oest. Ztg.)

— Zur weiteren Aufhellung der geheimen Correspondenz (No. 181) veröffentlicht Dr. K. A. Zabor in Frankfurt a. M. unterm 6. Juli Folgendes: Der unterzeichnete ist ermächtigt, eine in mehrere Zeitungen übergegangene Mittheilung in Betreff einer Adelsconspiration mit dem Fürsten Metternich in London weiter noch, als es bisher schon geschehen ist, zu berichtigen. Die Grafen von Solms-Laubach, Isenburg-Wächtersbach, Görg v. Schlig, v. Bentinck und der Frhr. v. Niedeck hatten durch Cirkular die Deutschen Standesherrn und größere Grundbesitzer zu gemeinschaftlichen Schritten bei der Constituirenden Versammlung aufgefordert, besonders um den großen Grundbesitz, gleichviel ob adeligen oder nichtadeligen, eine Vertretung in der künftigen Reichsversammlung zu erwirken. Die Cirkulare für Oesterreich schickte der Herr Graf v. Bentinck mit einem englisch geschriebenen Briefe von Frankfurt aus an das ihm bekannte Bankierhaus Beer und Eskes in Wien. Das Paket wurde auf der Donau eröffnet, und das Englische Schreiben ließ die Hrn., die es nicht verstanden, in Verbindung mit den vielen Briefen unter hochadeligen Adressen den obenerwähnten Verdacht schöpfen. Wurde dieser auch sehr bald nach Eröffnung eines der Cirkulare beseitigt, so wurde doch die Nachricht davon früher als die Berichtigung verbreitet und hat bei Manchen noch jetzt Wurzel gefaßt. Der Fürst Metternich ist dieser ganzen Angelegenheit durchaus fremd; es wurde sogar veräußert, ihm als Standesherrn ein Cirkular zugehen zu lassen. In Folge jenes Circulars vereinbarte Vorstellung an die Constituirende Versammlung ist den 5. Juli, übergeben worden, und diese hohe Versammlung, wie auch das Publikum, werden aus dem Inhalt derselben die Ueberzeugung erlangen, wie wenig es sich hier um hochadelige Conspirationen handelte.

Prag, den 8. Juli. Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Deutschen Reichsverweser hat hier in allen Deutschen Kreisen einen ungewöhnlichen Jubel hervorgerufen. Die Oestrichen Journale äußern frei, daß dies auf ihren Entschluß keinen Einfluß hat und daß sie unter keiner Bedingung in einen Anschluß an Deutschland willigen.

(Schles. Ztg.)

Von der Wallachischen Gränze, den 3. Juli. Den neuesten Nachrichten aus Bukarest vom 2. Juli zufolge herrscht dort fortwährend Ruhe. Die provisorische Regierung und die Nationalgarde genießt das öffentliche Vertrauen, und an eine Reaction zu Gunsten des vertriebenen Fürsten ist nicht zu denken. Die

Russenangst ist vor der Hand beschwichtigt, da auch die neuesten Nachrichten aus Jassy vom 1. nichts mehr von einem Vorrücken der Russen melden. Die Cholera herrschte sehr stark in Jassy. Fürst Stourdzja befand sich fortwährend in seiner Residenz.

## U s s l a n d.

### Frankreich.

Paris, den 9. Juli. Das Leichenbegängniß des Erzbischofs von Paris und die Obsequien für denselben fanden vorgestern in die Kirche Notre-Dame statt. Die gesammte Geistlichkeit, die National-Versammlung, die städtischen Behörden und Deputationen der Arbeiter zogen im Leichengefolge einher; zunächst bei der Leiche gingen Schwestern aller religiösen Körperschaften. Während der Fahrt konnte Jedermann die sterblichen Ueberreste des Prälaten sehen, da die Leiche auf dem Wagen ausgestellt war. Die Gesichtszüge trugen den Ausdruck von Heiterkeit. In der Kirche und auf dem Plage bildeten National-Gardisten der zweiten Legion Spalier. Die Seelenmesse begann um 11½ Uhr, und die Bestattungs-Ceremonie war um 1 Uhr beendet; 500 Stimmen sangen Trauerpsalmen. Das große Schiff von Notre-Dame war schwarz ausgeschlagen. Die Leiche blieb bis 7 Uhr Abends ausgestellt und wurde alsdann in die Gruft gesenkt.

— Auf dem Eintrachtspalze hatte man vorgestern für die Mitglieder der National-Versammlung, die den Leichenzug der Juni-Opfer dorthin begleiteten, Bänke hingestellt; sie wohnten aber sämmtlich stehend und, trotz der Sonnenhitze, entblößten Hauptes dem Gottesdienste bei. Ueber die Ursachen, weshalb der Leichenwagen nicht bis zum Bastilleplatz von dem Zuge begleitet wurde, gehen Gerüchte, welche im Publikum vielen Glauben finden. Nach einer Angabe soll man vorgestern eine Höllenmaschine à la Fieschi weggenommen haben, welche den Tod in die Reihen der National-Versammlung tragen sollte; Andere behaupten, die Polizei habe ein Komplott von Mördern entdeckt, welche die Ceremonie zu dem Versuche hätten benutzen wollen, mit Einem Schlage die bedeutendsten Mitglieder der Regierung zu vernichten.

— In Bezug auf den Antrag des Herrn von Remilly, der im Kriegs-Comité die Zusammenziehung einer bewaffneten Macht von 50,000 Mann um Paris vorgeschlagen, worüber vorgestern von General Dubinot der Bericht in der National-Versammlung vorgelegt und von dieser zum Druck und zur Vertheilung unter die Mitglieder verordnet wurde, liest man im „Journal de Débats:“ „Dies ist eine weise Vorichtsmaßregel, denn das sicherste Mittel, Blut zu schonen, ist, den Bethörten, welche es vergießen möchten, alle Hoffnung auf Erfolg zu nehmen. Von dieser Ansicht ausgehend, hatten bereits die Volksvertreter, welche sich in der Straße Poitiers versammelten und welche jetzt, durch die Verschmelzung der neuen Deputirten mit den alten, die bedeutendste Fraktion der Versammlung ausmachen, auf eine Reihe von Maßregeln gedacht, die darauf berechnet waren, die Ruhe von Paris und somit ganz Frankreichs, ja fast Europas zu sichern. Auf den Vorschlag des Herrn Thiers waren die bedachten Maßregeln folgende: Die erste bestand darin, die National-Verfassungen anzulösen, den arbeitslosen Arbeitern Haus-Unterstützungen zu geben und den Anderen ihrer Profession angemessene Arbeiten zu verschaffen, als: Bekleidung für die Truppen, den Webern, Schneidern und Schuhmachern; Artillerie-Fuhrwerk den Wagenbauern, Schmieden und Schlossern; Gestelle und Maschinen den Zimmerleuten; Festungs-Arbeiter in Havre oder Cherbourg und an den Küsten allen in Paris so zahlreichem Bau-Gewerken; mit einem Worte, es war vorgeschlagen worden, sich nicht damit zu begnügen, die Auflösung der National-Verfassungen auszusprechen, sondern die Arbeiter, aus denen sie bestanden, ihrer Profession nach, nützlich zu beschäftigen und diejenigen, die man nicht verwenden konnte, Unterstützungen zu verschaffen. Die zweite Maßregel war die vollständige Entwaffnung der aufrührerischen Viertel; die dritte die Aufstellung einer Macht von wenigstens 60,000 Linien-Truppen in Paris oder unter seinen Mauern. Diesen ganz materiellen Maßregeln waren zwei andere von anderer Art beigegeben, die zum Zweck hatten, den Bürgerkrieg durch Unterdrückung seiner Ursachen zu vermeiden: sie bestanden darin, vorläufig die Klubs zu schließen, indem es der Constitution überlassen bliebe, den Gebrauch des Associations-Rechts zu ordnen; ferner der Freiheit der Presse eine Beschränkung aufzuerlegen, eine einzige, aber unerläßliche Beschränkung, die darin bestehen sollte, die Vergehen gegen die Gesellschaft zu untersagen, als da sind: Aufreizungen zum Bürgerkrieg, zur Plünderung, zum Mord, Aufreizungen, deren sich gewisse Journale schuldig gemacht, indem sie z. B. täglich die Liste der Reichen in Paris veröffentlichten.

— Die Aufhebung der Schlachtviehsteuer hat hier den Fleischpreis auch nicht um einen Centimen vermindert, und der Schatz büßt also 7 bis 8 Millionen ein, ohne daß dem Verbraucher daraus der mindeste Vortheil erwächst. Man geht jetzt damit um, die Eingang-Abgabe auf Schlachtvieh wiederherzustellen und, falls dies zu einer Preiserhöhung führen sollte, das Fleisch, gleich dem Brodte, einer Taxe zu unterwerfen.

Paris, den 10. Juli. Dem Baron von Friddain, Geschäftsträger Siciens bei der Französischen Republik, und dem Dr. Furnari, erstem Legations-Sekretair, ist, wie der heutige Moniteur meldet, mittelst Beschlusses der vollziehenden Gewalt (des General Cavaignac) auf den Antrag des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten das Recht erteilt worden, mit den Behörden der Republik in officiösem Verkehr zu treten.

— Abbé Sibour, Bischof von Digne und Bruder des Repräsentanten gleiches Namens, geboren 1792, wird als Nachfolger des Erzbischofs von Paris bezeichnet.

— General Duvivier, der am 23., 24. und 25. Juni die Mobil-Garde

befehlige, ist an seiner Fußwunde gestorben. Derselbe war nicht lebensgefährlich, wurde aber von dem Verwundeten anfangs so vernachlässigt, daß der Brand dazu trat und der Tod folgte. Zwei Tage vor seinem Ende versiel der Kranke in furchtbarem Delirium. „Sie sagen, Herr Doktor, daß ich die Augen geschlossen habe“ rief er mehrere Male aus, „aber ich sehe Alles, was dort auf der Mauer geschrieben steht.“ Duvivier ist der sechste General, der ein Opfer des Juni-Aufstandes geworden.

— Paris war seit dem 24. Februar ohne Gemeinderath. Cavaignac hat diesem Zustande ein Ende gemacht, indem er im Moniteur einen Befehl erläßt, der die sofortige Bildung eines provisorischen Gemeinderathes verordnet. Derselbe besteht aus 35 Gliedern, die größtentheils dem alten Gemeinderathe und den bedeutendsten Notabilitäten der Stadt angehören.

— Während der Junitage wurden, nach Angabe der Blätter, 2 Millionen Patronen und 3000 Kanonenkugeln aus den Staats-Zeughäusern gegen die Insurgenten verschossen.

— Aus seinem Gefängniß hat ein Insurgent an den Repräsentanten Antony Thouret einen Brief gerichtet, in welchem er erklärt, daß er ihm das Geheimniß der Juni-Revolution enthüllen wolle, wenn er ihn in Freiheit setze. Thouret hat, statt aller Antwort, wie die Patrie berichtet, diesen Brief der Untersuchungs-Kommission übergeben.

### R u s s l a n d.

St. Petersburg, den 6. Juli. Die heutige St. Petersburgische Zeitung meldet: „Mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers durchzogen am vorigen Sonntage, den 2. d. M., mehrere Prozessionen, von der kasanischen Kathedrale und fünf anderen Kirchen ausgehend, unter lebhafter Theilnahme der gläubigen Bevölkerung die verschiedenen Stadttheile, die Gnade der göttlichen Vergebung zu erstehen.“

Am 2. d. starben hier die verabschiedeten General-Majore Sablukoff und Rajewski und der Kollegienrath Stakelberg.

Zum 2. Juli waren in St. Petersburg 1947 Cholera-Kranke in Behandlung verblieben; im Verlauf dieses Tages sind 776 hinzugekommen; es genasen 58 und starben 396. Zum 3. verblieben in Behandlung 2269 Personen; im Verlaufe dieses Tages sind hinzugekommen 1000; es genasen 129 und starben 534; zum 4. verblieben in Behandlung 2606 Personen. In Moskau erkrankten am 20. Juni 233 Personen an der Cholera, es genasen 107 und starben 31; zum 27. verblieben in Behandlung 1792. Unter dem Militär zählte man 13 neue Erkrankungen, 5 Genesungen und 2 Todesfälle; 100 Erkrankte blieben zum 27. Juni in Behandlung. Am 27. erkrankten vom Civil 214 Personen an der Cholera, es genasen 100 und starben 23; zum 28. verblieben in Behandlung 1797 Kranke. Unter dem Militär zählte man 21 Erkrankungen, 7 Genesungen und 3 Todesfälle; zum 28. Juni verblieben 111 Erkrankte in Behandlung. Am 28. Juni erkrankten 184 Personen von Civil an der Cholera, 77 genasen und 22 starben; zum 29. verblieben 1804 Kranke. Unter dem Militär erkrankten 8, 7 genasen und 7 starben; zum 29. verblieben 105 in Behandlung.

### Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Die Siebenundzwanzigste Sitzung, vom 11. Juli.

Eröffnung: 10½ Uhr. Secretair Abg. Bauer verliest das Protokoll der 26sten Sitzung, welches, nach einem unerheblichen Einwande des Abg. Bucher ohne Weiteres angenommen wird.

Präs. Grabow theilt zwei Königl. Botschaften: a) über die beabsichtigte Zwangsanleihe, in Folge welcher verschiedene Steuern zur Aufhebung vorgeschlagen werden, und b) über die Aufhebung verschiedener Lasten, mit, welche nebst einem Ansprechen des Ministerpräsidenten eingelaufen sind. Dieselben werden durch den Druck, wie gebräuchlich, vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung zur Berathung mitgetheilt werden.

Finanzminister Hanse mann: Zu den Ihnen demnach durch den Druck mitzutheilenden Gesetzentwürfen gehört eine Uebersicht der jetzigen Lage der Finanzen. Sie giebt ein Bild der Bedürfnisse des Staates. Bei jenen Vorlagen befindet sich zugleich ein allgemeiner Bericht, aus welchem Sie die Motive der Gesetze entnehmen mögen. Ich will Sie bei meiner specielleren Auseinandersetzung nicht mit einer Reihe von Zahlen belästigen, sondern Ihnen nur diejenigen derselben vorlegen, auf die es in Betreff eines Total-Eindrucks ankommt.

Die Staatseinnahme hat, wie dies in der Natur der Sache liegt, in den letzten Monaten beträchtlich abgenommen. Die Gründe liegen nahe genug, nicht allein, daß der Werth aller Produkte, die das bürgerliche Leben erzeugt, durch die gewaltige Bewegung der neuen Zeit und durch die dadurch hervorgerufene Hemmung des Verkehrs gesunken ist, auch das, was der Staat selbst erzeugt und verkauft, ist in seinem Werth durch verringerten Absatz geschwächt worden. Hierzu kommt, daß manche Einnahmen des Letzteren durch vorläufige Gesetze werden aufgehoben werden. Die Verbrauchssteuer schmilzt gleichfalls zusammen, sobald die Wohlhabenheit in der Abnahme begriffen, die Steuern einzelner Provinzen, namentlich des Großherzogthums Posen, kommen sparsam oder gar nicht ein, da ihre Einziehung durch Unruhen und Aufhebung der Communication theilweis unmöglich gemacht wird. Schließlich hielt es der Staat für seine Pflicht, bei der ärmeren Klasse seiner Angehörigen, namentlich bei den Arbeitern, einen Steuererlaß, eine wesentliche Erleichterung der Noth demnach, eintreten zu lassen. So ist dies namentlich mit einem Drittel der Wahlsteuer geschehen. Im Laufe dieses Jahres wird Aehnliches noch weiter vorkommen.

Es läßt sich nicht angeben, wie groß der dadurch entstandene Ausfall sein wird, doch möchte ich ihn, mit aller Vorsicht, auf 8 Million Thaler festsetzen. Dagegen wird die Mehrausgabe des Staates gegen 22½ Million Thlr., einschließlich 10 Million Thlr. für die Mehrbedürfnisse des Militärs, selbst wenn die ganze Armee nicht mobil gemacht werden sollte, betragen. Diese Summe

kann durch den Inhalt des Staatschages, der zu Anfang d. J. etwa 15 Mill. Thlr. betrug, nicht gedeckt werden.

Der Stempel auf politische Zeitungen, so wie der bisher für Gesuche nöthige Stempel muß aufgehoben werden, denn das Gouvernement geht von den Grundfäden aus, daß politische Aufklärung selbst an den unscheinbarsten Orten befördert, das Petitionsrecht aber nirgend geschmälert werden müsse.

Alle Die, welche nicht über 4000 Thlr. Vermögen, oder 4000 Thlr. jährlichen Einkommens besitzen, müssen ebenfalls von der Vermögenssteuer befreit bleiben. Der Armere wird alsdann, nach den Sätzen von  $\frac{1}{2}$ —4 pCt. des Einkommens, nur ein Achtel der Steuer des Reicherer zu zahlen haben.

Durch die beabsichtigte Zwangsanleihe wird, so hoffe ich, nicht allein der Staatskredit, welcher sich jetzt erfreulich hebt, noch mehr gesteigert, sondern auch die freiwillige Anleihe befördert werden.

Das Finanzministerium hat darauf zu sehen, daß der Staat im Stande sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ohne sich selbst in den Zustand der Noth zu bringen. Nichts desto weniger hat es sorgfältig vermieden, schon jetzt neue fortlaufende Steuern aufzulegen, wenngleich es andere dergleichen abgeschafft. — Durch Aufhebung der Klassensteuer nähert es sich mehr und mehr dem Grundsatz der allgemeinen Steuerpflicht und namentlich der Grundsteuer, die jedoch in diesem Jahre noch nicht eingeführt werden soll.

Zu den spezielleren Aufklärungen werden mit den Gesekentwürfen mitgetheilt: der Hauptetat für 1848, ferner soll der betreffenden Commission, nach ihrer eigenen Entscheidung, alles Das mitgetheilt werden, was sie für ihre Zwecke nöthig befinden wird; sodann aus der Vergangenheit alle Etats von 1820—1847. Derjenige des letzteren Jahres wird in meinem Ministerium vorbereitet. Die übrigen Etats stehen zur Verfügung, insofern, wie ich schon bemerkte, ihr Einsehen für nothwendig erachtet wird.

Es ist hier oft von der Vergangenheit die Rede gewesen. Ich habe dieselbe mit übernommen und theile Ihnen daraus das Nöthige mit, denn es ist wünschenswerth, im großen Ganzen Bescheid zu wissen, damit man jene nicht über die Gebühr tadelte und die besseren Punkte derselben erkenne. Sie giebt uns größtentheils den Weg an, zur Aufhebung der Lasten zu gelangen, ohne den Staatshaushalt zu schmälern. Die direkten Steuern anlangend, so sind diese freilich schon lange einer gründlichen Verbesserung bedürftig gewesen. Namentlich ist eine gleichmäßigere Besteuerung, vorzugsweise der östlichen Provinzen, nothwendig geworden. Das darauf bezügliche Gesetz wird mit Nächstem vorgelegt werden.

Ebenso unterwerfen wir die Verwaltung der Domänen und Forsten einer Vereinfachung. Die Vorbereitungen auch dieses Verfahrens werden eifrig betrieben. Die Forsten sollen besser beaufsichtigt, die Kosten vermindert, die ausführenden Beamten zu eigener Anschauung angehalten werden. So werden diese dem Staate als reiche Erträge verbleiben, während die Domänen, die man bisher grundsätzlich nie verkauft, sondern nur verpachtete, mehr und mehr der Bewirthschaftung freier Eigenthümer überlassen, namentlich aber parzellirt werden sollen. (Bravo.) Zu diesem Ende sind auch von mir, wenn der Vortheil für den Staat nicht überwiegend war und auf der Hand lag, neue dergleichen Pachtkontrakte nirgend abgeschlossen worden.

Die Seehandlung, welche im vorigen Jahrhunderte begründet wurde, gehört ebenfalls zu dem Ressort meines Ministeriums. Sie hat den Zweck, ein Hilfsbanquier des Staates zu sein, aber auch Privatgeschäfte zur Erleichterung des Geldverkehrs zu übernehmen. Früher betrieb diese wenige Fabriken, während sie in den letzten sieben Jahren diesen Grundsatz minder im Auge behielt und einen großen Theil ihres Vermögens, nahe an 5 Mill. Thlr., in industriellen Unternehmungen anlegte. Ich habe hierbei von Neuem die Wahrheit des Satzes bestätigt gefunden, „daß der Staat sich nie mit Privat-Industrie beschäftigen müsse“, da viel eher Schaden als Nutzen für ihn zu erwarten sei. Er befindet sich jetzt in der peinlichen Lage, diese Institute nicht schließen zu dürfen, da hierdurch sehr viele Arbeiter brodlos werden, und doch wieder bedeutende Summen zuzusetzen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Sobald jedoch der allgemeine Kredit in etwas wieder hergestellt sein wird, sollen alle diese Institute größeren Kapitalisten zu eigenem Betriebe, selbst mit größerem Verluste überlassen werden, wodurch jene Arbeiter auch fernerweite Beschäftigung haben werden. Niemand wird jedoch läugnen wollen, daß die Seehandlung dem Publikum gar oft genützt hat.

Die Bank endlich schloß noch kürzlich eine Mill. Thlr. vor, als die Banquiers selbst die sichersten Wechsel nicht mehr discountiren wollten. Die Darlehnskassen liefern jedesmal bei Emanation einer bestimmten Anzahl ihrer Scheine das betreffende baare Pfand an sie ab. Diese werden sich auf die Höhe von 10 Mill. belaufen und durch das transitorische Gesetz auf 3 Jahre beschränkt werden. Sie haben sich bis jetzt sehr nützlich bewiesen.

Ob in der Folge die Gelder des Staatschages in demselben müßig liegen sollen, mag für jetzt unerörtert bleiben. (Gelächter.) Nur so viel sei bemerkt, daß es besser ist, seinen Inhalt einer Bank auf solider Basis zur Nugbarmachung zu übergeben, und zwar mag dies eine Privatbank, unter der strengsten Kontrolle des Staates, sein, stelle man ihr auch die festesten Bedingungen.

Was nun den oft besprochenen Staatschag betrifft, so kam im Jahre 1820 zum ersten Male wieder Geld in denselben. Es waren dies wie immer die Ersparnisse und Ueberschüsse aller Titel. Die ganze Summe der Einkommnisse belief sich in den Jahren 1820—1840 auf 24 Mill. 400,000 Thlr. Von ult. Juni 1840 bis ult. Dezember 1847 kommen hinzu 9 Mill. 800,000 Thlr. — Zur Begründung der Association der Hauptbank mit Privatleuten reichte das Vermögen der ersteren nicht aus, weshalb ihr 2 Mill. von diesem Staatschage überwiesen wurden.

Von jeher war, das kann man nicht verhehlen, das Preussische Etatswesen musterhaft geordnet; die genauen Prüfungen der Oberrechnungskammer haben das bewiesen. Nur Vereinfachung in seiner Verwaltung erscheint wünschenswerth, namentlich die Vereinigung mehrerer Separaten in eines. Die dabei aufgestellten Grundsätze anderer konstitutionellen Staaten werden, Behufs Annahme ihrer desfallsigen Gebräuche, einer strengen Prüfung unterworfen werden, zwei Kommissarien sind zu diesem Zwecke in das Ausland gegangen und werden mir, nach ihrer Rückkunft, alsbald Bericht erstatten.

Diese Vereinfachung ist aber eine sehr umfangreiche Arbeit, und ist daher eine eigene Berathungs-Commission aus Mitgliedern verschiedener Ministerien zusammengesetzt worden, um schon jetzt die möglichen Ersparungen einzuführen. Mit den Spezialien hierüber würde Ihnen vorläufig nicht gedient sein.

Schließlich noch einige Worte über das Staatschuldenwesen. Im Jahre 1820 betrug Preussens Staatschuld 206 Mill. Thlr. in verzinslichen Papieren. Bis ult. 1847 sind davon 81 Mill. Thlr. getilgt worden. Erhebliche Schulden wurden in dieser Zeit, etwa die Prämiencheine der Seehandlung abgerechnet, nicht gemacht, so daß der Rest der Staatschuld augenblicklich auf nur 126 Mill. Thlr. sich beläuft. Kein Staat in Europa, welcher mit Preußen überhaupt auf gleicher politischer Höhe sich befindet, kann sich eines solchen Haushaltes rühmen. Wir müssen in dieser Beziehung die alte gute Wirthschaft rühmend anerkennen. Die Preussischen Domänen haben allein einen viel größeren Werth, als diese Schulden betragen, und wir sind also zu einem Finanzzustand übergegangen, der, bei einem so großartigen Umschwung der Dinge, noch nicht da gewesen.

So mag ich mir nicht verhehlen, meine Herren, ich habe gute Hoffnung, daß Preußen, das sich früher schon durch die schwierigsten Zeiten rühmlich und unermüdet durchgeschlagen, dies auch jetzt thun und so einen Glanzpunkt Deutscher Kraft und Einigkeit bilden werde. (Lautes Bravo, welches sich verstärkte, als Links Einige riefen.)

Präs. Grabow erinnert nunmehr, daß die Finanz-Commission des Schleunigsten zusammentrete. Auf sein Ansuchen werden dem Präs. Grabow, außer den beiden Quäkoren, noch die vier Vice- und die acht Abtheilungs-Vorsitzenden als Beisitzer für die Geld-Angelegenheiten der Kammer beigegeben.

Hr. Waldeck erhält, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und als Vorsitzender der Verfassungs-Commission, das Wort noch vor der heutigen Tagesordnung, um einen kurzen Bericht, wie man ihn schon längst gewünscht, über die bisherigen Fortschritte der Commission zu erstatten. Derselbe wies nach, daß die Grundzüge der Verfassung bereits vorhanden, der Bereich der Arbeit festgesetzt und von den Vorlagen der Petitions-Commission Kenntniß genommen sei. — Die Beschlüsse stehen fest, nur die Fassung, die Form fehlt noch. — Die Art der Erwerbung des Staatsbürgerrechts, die Gleichheit vor dem Gesetze, das Aufheben der Standesunterschiede und Vorrechte ist ausgesprochen. Die persönliche Freiheit ist (habeas-corpus-Akte) gesichert, die Wohnung eines jeden Staatsbürgers unverleslich, die Confiskation des Vermögens und der sogenannte bürgerliche Tod aufgehoben, die Auswanderung soll nicht beschränkt werden. Gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit wird nur das Gesetz aufgestellt und zwar ein transitorisches Preßgesetz, bis ein neues definitives hergestellt worden. Das Associationsrecht soll nicht beschränkt, das Briefgeheimniß auf das Strengste bewahrt, die Beschlagnahme von Papieren u. nur auf richterlichen Spruch erfolgen. Religionsfreiheit im weitesten Sinne auf der einen, Trennung der Schule von der Kirche auf der anderen Seite. Aufhebung der Fidei-Commisse und Feudal-Lasten. Bestimmungen über die Wehrpflichtigkeit, welche mit dem 20. Lebensjahre beginnt. Freie Wahl der Führer bis einschließlich zum Vat.-Chef. Weiterhin Einreichung der Candidatenlisten an das Gouvernement zur Bestätigung. Stellung des Militärs unter das bürgerliche Gesetz, Kriegszeiten ausgenommen. Schließlich die allgemeinen constitutionellen Fragen, Ein- und Zweikammersystem und über die Attribute der Kammer und des Königs. (Bravo.)

Hrn. Temme's Antrag, die fertigen Titel sofort zur Berathung zu stellen, wird nicht unterstützt und darauf von demselben wieder zurückgezogen.

Man geht zur Tagesordnung über. In derselben ist zuerst folgender Antrag des Hrn. Jacobi: „Die Preussische konstituierende Versammlung kann den von der Deutschen National-Versammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, durch welchen ein unverantwortlicher, an die Beschlüsse der National-Versammlung nicht gebundener Reichsverweser ernannt wird; die Preussische konstituierende Versammlung erklärt sich aber zugleich dahin, daß die Deutsche Deutsche National-Versammlung vollkommen befugt war, jenen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen Deutschen Regierungen einzuholen, daß es daher der Preussischen Regierung nicht zustand, Vorbehalte irgend einer Art zu machen. — Motive: Es ist von Wichtigkeit, daß die Preussische konstituierende Versammlung ihre Ansicht über das Verhältniß Preussens zum Deutschen Gesamt Vaterlande offen ausspreche. Die Erklärung, die das Staatsministerium in der Sitzung vom 4. Juli abgegeben, ist für die Versammlung eine dringende Aufforderung, dies so bald als möglich zu thun.“

Die Dringlichkeit des Antrages wird einstimmig anerkannt. Antragsteller motivirt denselben dadurch, daß er aufmerksam macht, wie ein Stillschweigen der hiesigen Versammlung eine Zustimmung des Beschlusses der Frankfurter enthalten würde. Bisher habe man jede Phrase über Deutschlands Einigkeit mit freudigem Beifall und treuen Glauben begrüßt, während es nicht mehr Zeit sei, über dieselbe schöne Worte zu machen. Das Ministerium habe gemeint, daß ein Beschluß der National-Versammlung in Frankfurt für dasselbe nicht rechtsverbindlich sei, vielmehr erst durch die Genehmigung der Regierungen sanktionirt werden müsse. Um deshalb ein Vorbehalt, um deshalb der Verwahrung gegen Consequenzziehung. — Das Reichsparlament sei aber das einzige rechtmäßige Organ des Deutschen Volkes, aus dessen freier Wahl es hervorgegangen. Es könne nicht erst bei jedem Beschlusse mit 38 Höfen und ebensoviel Kammern conferiren. Man müsse rund heraus erklären, ob man die Freiheit, die Einigkeit wolle oder nicht. Offenheit und Entschiedenheit könne hier allein Segen bringen. Den Beschluß der Männer in der Paulstrasse bedauere er, denn, wenngleich sie schwerlich die Absicht hätten, die deutschen Throne zu vermehren, so sei doch jene Wahl der erste Schritt zu einem Deutschen Kaiser, der in dem unverantwortlichen Reichsverweser schon enthalten.

Zu dem Antrage sind inzwischen 4 Amendements gestellt worden, von denen jedoch nur eines, das des Herrn Arnig, welches weder eine Mißbilligung gegen die Deutsche National-Versammlung aussprechen, noch ihre Grenzen des Reiches ziehen will, unterstützt wird.

Hr. Schneider spricht gegen den Antrag, den er verworfen wissen will, wenngleich er ein warmer Anhänger der Deutschen Einigkeit sei. Er findet in den beiden Theilen des Antrages einen Widerspruch. Habe man einmal die Souveränität der Frankfurter Versammlung anerkannt, so dürfe man auch kein Urtheil in pleno über sie fällen, wenngleich dem Einzelnen jedes Urtheil freistehet. Ein verantwortlicher Reichsverweser sei ein republikanisches Oberhaupt, das Mandat aller Abgeordneten laute aber auf eine constitutionelle Monarchie (Widerspruch). Er halte selbst die republikanische Form für die schönste, beste aller Staatsformen, aber sie auch zugleich für das größte Unglück Deutschlands in jegiger Zeit. Unsere Kinder und Kindeskinde werden

(Mit einer Beilage)

den erst zu Republikanern erzogen werden, die jetzt noch fehlten, zu echten Republikanern, die ihr eigenes dem Interesse des Ganzen aufzuopfern verstanden. Demnach müsse es bei dem Beschlusse der souveränen Frankfurter Kammer verbleiben, und der Antrag rein verworfen werden.

Hr. Waldck ist für den Antrag. Ein warnender Zuruf hindere unsere Unterwerfung unter den dortigen Beschluß nicht. Vor allen Dingen dürfe nicht, wie es geschehen, in dringenden Fällen das Recht des Krieges in seine Hände gelegt werden. (Lautes Bravo.)

Nachdem hierauf Hr. Reichensperger gegen, Hr. Jung für, Hr. v. Berg in längerer, von der Linken mehrfach unterbrochener Rede gegen den Antrag gesprochen, nimmt Hr. Borchart für denselben das Wort. Er vertritt sich gegen die eben gemachten Insinuationen und vertheidigt Jacobi als einen der ehrenhaftesten und festesten Charaktere Deutschlands. Des Letzteren Antrag erkenne die Souveränität der Frankfurter Versammlung an, was aber gar nicht die Verpflichtung der hiesigen ausschliesse, sich zu äußern, wenn in Frankfurt ein, den Rechten der einzelnen Deutschen Staaten widersprechender Beschluß gefaßt worden. Diese Aeußerung sei dann kein Tadel, sondern bloß ein Leitfaden für das künftige Verfahren in Frankfurt. Die Central-Bundesgewalt könne nur als ein Ausfluß der einzelnen Deutschen Staaten betrachtet werden. Eine solche Behörde sei Mandatar und jeder Mandatar verantwortlich. Die Versammlung wolle die Monarchie; kein Unverantwortlicher könne indes Oberer der constitutionellen Fürsten sein. Die Verwahrung der Preussischen Regierung habe wohl nur den Grund gehabt, die so beliebte Vereinbarung auch für die Frankfurter Versammlung zu erzielen. Aber man führe Seitens der Regierung Alles aus, was in Frankfurt beschloffen, ebenso wie man hier Alles ausführen werde, wie es diese Versammlung constituire, folglich habe diese in der That die Souveränität. (Beifall zur Linken.)

Hr. Simons spricht gegen, Hr. Berends für den Antrag. Nachdem noch ein Amendement des Hrn. Bloem verlesen, wonach die Versammlung keine Kritik der Frankfurter Beschlüsse zu üben habe, spricht Hr. Zacharia gegen und Hr. Behnsch für den Antrag, wobei der letzte Redner sich auf die Erklärung des Hannoverschen Gesamtministeriums bezieht.

Hr. Rees v. Esbeck erinnert, indem er für den Antrag spricht, an das Elend des weiland Deutschen Reiches, dessen Ohnmacht er noch mit erlebt. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Preußen nur mit einem Gewissensvorbehalte beitreten werde. Deutschlands Einheit könne überhaupt einzig und allein in der sozialen Frage festgehalten werden. Schließlich sprechen noch Hr. Schultze (Deligsch) gegen, Hr. d'Estier für den Antrag.

Nach Beendigung dieser Rede erhob sich der allgemeine Ruf nach Vertagung. Hr. Parrisius trägt besonders darauf an, weil die Hitze im Saale unerträglich geworden sei und die Redner, bei einer so wichtigen Debatte, nicht unter Ermattung leiden sollten.

Präsident: Es sind noch 75 Redner eingeschrieben, wovon erst 14 gehört worden.

Die Versammlung beschließt hierauf die Vertagung bis morgen, Mittwoch, und es wird der Beginn dieser Sitzung auf Vormittag 10 Uhr angesetzt. (Schluß der heutigen Sitzung 3¼ Uhr.)

Die letzte Pariser Eruption und ihre Bedeutung für Deutschland. — Mehr und mehr beginnt sich der Schleier zu lüften, welcher von Anfang her über dem letzten Pariser Gräueltatzen geblieben lag. Die große Entscheidungsschlacht in geschlagen, der Sieg der „dreifarbigem“ über die rothe Republik ist gesichert. Es ist ein Sieg des Eigenthums über den rothen Kommunismus, des Gesetzes über die Anarchie, der Republik über die verschiedenen Prätexturen, welche sich auf der Gegenseite befanden, weil sie sämtlich — Bonapartisten, Bourbonisten älterer und neuerer Linie, „Adler“, „Hahn“ und „Lilien“, aus der Anarchie den Sieg ihrer Partei erstehen zu sehen hoffen. Das Volk, die arbeitenden Klassen, soweit sie sich bei dieser Revolte betheilig haben, waren aufgehetzt durch das Schlagwort, welches auch bei uns die Anarchisten auf ihre Fahne schreiben, durch das Schlagwort der Reaktion. Reaktionsär nannten die Volksverführer jene Maßregeln der Nationalversammlung, mit welchen sie nothgedrungen, und um das Bestehen des Ganzen zu sichern, zügelnd, eingriff in die maßlosen Versprechungen, welche die provisorische Regierung im ersten Rausche des jungen Sieges der Republik den Arbeitern gemacht hatte.

Aber der furchtbare, der verwegenste Bestandtheil dieser Schilderhebung waren jene 25 bis 30 Tausend entlassener Sträflinge und bestraffter Verbrecher, welche die stiltliche Atmosphäre von Paris, — wie in allen großen Städten Europa's verpesteten. Wir wollen nicht sagen, daß die fanatischen Leiter der Empörung diesen Auswurf der Bevölkerung geflistentlich angeworben haben. Er schlug sich von selbst auf die Seite, wohin er gehörte, auf die Seite der Gesetzlosigkeit.

„Seht da, die Frucht der Republik!“ so riefen manche Leute auch bei uns in Deutschland auf die erste Freude dieses furchtbaren vulkanischen Ausbruchs, der seines Gleichen nicht hat in der Geschichte der europäischen Menschheit. Aber ist es die kaum vier Monat alte Republik, welche die Elemente rechtzeitig, welche diese Tiger in Menschengestalt hervorgebracht hat, deren Schauderthaten jedes Herz mit Abscheu erfüllen? Nur kindischer Unverstand kann eine solche Behauptung wagen. Nein! diese Eruption war ihren wesentlichsten Bestandtheilen nach nur rothe Sündenblüte eines Systems, das dem Menschen im Staate, und namentlich dem Menschen im gefallenen Mitmenschen keine Rechnung trug. Bei dem Anblicke der französischen Bagno's zu Toulon schreiben wir schon vor drei Jahren: „Alle diese Strafanstalten sind Nichts als ein Produkt des rohesten Systems der brutalen Gewalt gegen die Gewalt, ein System, das es bald so weit gebracht haben wird, daß die eine Hälfte der Menschheit alle Kräfte nur dazu wird anwenden müssen, um die andere gefangen zu halten.“\*) Gegen das Bedürfnis der sozialen Reformen tritt selbst die Frage der politischen, der Verfassungsform in den Hintergrund.

Welches Verhältniß nun, welche Bedeutung hat diese letzte Pariser Eruption, die ihre Lava bis nach Oceanien speien soll, für Deutschland, für unser Vaterland?

Frankreich ist das europäische Vorvork, der Vortrab europäischer Geschichtsbewegung. Seine Februarrevolution hat die revolutionäre Bewegung bei uns zum Ausbruche geführt. Einer Mäßigung — ganz Deutschland erkennt dies an — verdankte unser Vaterland bisher seit vier Monaten die Möglichkeit einer „verhältnißmäßig“ friedlichen Um- und Neugestaltung seiner Zustände, verdanken wir die Vereilung jenes verbrecherischen Beginns unter Republikanern in diese friedliche Neugestaltung mit bewaffneter Hand einzugreifen. Nicht minder heilbringend ist für uns der letzte Sieg der jungen Republik, der Sieg der Freiheit und der Geselligkeit über den Despotismus, über die Zwings- und Schreckensherrschaft der Gesetzlosigkeit. Er zeigt uns, welcher Energie die Freiheit fähig ist, er lehrt uns, was wir in Deutschland zu thun haben gegen eine auch bei uns vorhandene Partei, welche gleiche Zwecke mit gleichen Mitteln wie die Pariser Kommunisten erreichen möchte. Die feige Muthlosigkeit der großen Majorität gegenüber der kleinen aber energischen Minorität — das ist bisher unser Unheil gewesen. Dieselbe feige Muthlosigkeit, welche uns über ein Menschenalter hindurch die Knechtschaft ertragen ließ, welche uns eine an Zahl geringe, aber eng in Rath und That verbundene Minorität von Aristokraten auferlegte, dieselbe feige Muthlosigkeit ist es auch, welche jetzt vieler Orten in Deutschland den Feinden aller Ordnung leichtes Spiel machte. In Berlin waren es kaum zweitausend Menschen, Strolche und Buben, Diebe und Verbrecher die Mehrzahl, welche am 14. Juni innerhalb einer Stadt von 400,000 Einwohnern unbewaffnet das Zeughaus, das Eigenthum der Nation erbrechen und plündern durften, während 26,000 Mann Nationalgardien unter den Waffen standen! Welch ein Kontrast gegen Frankreich und Paris! Hier also kommt die Pariser Eruption und der mit so viel theurem Blute erkaupte Sieg der Freiheit über die Anarchie für uns zu rechter Zeit, um uns zu lehren, was uns noth thut.

Das ist die eine Seite der Sache. Es gilt energisch und entschieden Front zu machen, die Stirn zu bieten der anarchischen Partei, welche die rohe Gewalt inmitten der gesetzlichen Reformbewegung zur höchsten entscheidenden Macht erheben will. Es gilt Einigung, festes muthiges Zusammenstehen auf Leben und Tod aller wahren Freunde der Freiheit, aller die sich sonst so gern die „Gutgesinnten“ nennen, nicht nur zur Gemeinschaft guter Gesinnung, sondern auch zur Gemeinschaft tapferer That. Es gilt durch die That zu beweisen, daß wir uns die Freiheit von keiner Seite her verkümmern lassen wollen, weder von Seiten derer, die sich allein als ihre Vorkämpfer, als die Männer des „Volks“ bezeichnen, noch von Seiten der Starrsinnigen und kurzschäftigen Anhänger des alten Systems, weder von der Anarchie, noch von der Reaktion.

Denn auch die Reaktion — wir dürfen das so viel gemißbrauchte Wort diesmal nicht scheuen — auch sie kann aus der Pariser Eruption etwas lernen, wenn ihr das überhaupt möglich ist. Sie kann nämlich daraus lernen, daß die Zeit vorüber ist, wo eine Durchführung ihrer Wünsche möglich war, daß selbst die Anwendung aller alten Mittel — zur Herbeiführung der Pariser Revolution sind solche im ausgedehntesten Maße angewendet worden — nichts mehr einträgt als neue blutige Niederlagen und stärkere Befestigung der Freiheit. Man hat auch bei uns schon lange von dem reisenden „Kubel“ gesprochen, der als Fünfsfrankenstück verkleidet in Deutschland herumziehe, und das Treiben der „Wähler“ und „Volksausheber“ unterküge, um so auf dem Wege der Gewaltthätigkeit und Anarchie eine Zurückführung der alten Zustände „anzubahnen.“ Mögen die Nachrichten davon vielfach übertrieben sein; ganz grundlos sind sie sicher nicht. In Berlin hatte man dafür bestimmte Beweise in Händen, von Paris meldeten die Zeitungen ein Gleiches. Sonst hieß es in der Sprache der Kabinete, die Revolutionen würden von „Emissairen“, von Sendboten einer revolutionären Propaganda gemacht. Jetzt heißt es in der Sprache des Volks: die Emeuten gegen die durch die Revolution errungenen Reformen wurden durch fremdes, besonders Russisches Geld genährt.

Die letzte Pariser Eruption kann, und wir hoffen, sie wird für Deutschland nicht verloren sein. Sie wird uns, sie wird der Sache der Freiheit, d. i. der Sache der Ordnung und Geselligkeit wesentlich zu gute kommen. Sie wird dies, wenn wir die Lehren, welche sie uns giebt, uns zu Nuge machen; wenn wir allen Versuchen der rohen Gewalt, sie mögen ausgehen von welcher Seite sie wollen, durch einmüthiges Handeln aller Gutgesinnten energisch entgegen treten, und wenn wir dabei zugleich dem leidenden und von der Noth der Zeit am meisten gedrückten Theile des Volks durch die That zeigen, daß uns die Verbesserung seiner Lage vorzugsweise am Herzen liegt. Es ist eine furchtbare Thatfache, daß es die Vernachlässigung der Erziehung des Volks, die Roheit des Französischen Straf- und Zuchthausystems, daß es die Lastgruben seiner Bagno's gewesen sind, welche die Hauptstadt der Civilisation mit Gräueln bedeckt haben, welche die Schilderungen der Sue'schen mystères de Paris in dem Lichte schrecklicher Wahrheit erscheinen lassen. Hier vor Allem liegt der Wurm verborgen, der an den Wurzeln nagt. Hier sind Reformen nöthig der durchgreifendsten, der umfassendsten Art. In Deutschland ist bereits Gottlob, unendlich mehr geschehen als in Frankreich, aber auch bei uns bleibt noch viel zu thun übrig. Aber Alles geht nicht auf einmal in's Werk zu richten. Rom ist nicht in einem Tage gebaut. Soviel aber steht fest: ohne großartige und durchgreifende soziale Reformen im Sinne der Menschlichkeit, welche die Herbeiführung des stiltlichen und leiblichen Wohles Aller als Aufgabe der Staatsgesellschaft betrachtet, wird die „Sphinx der Revolution“ sich nicht in den Abgrund stürzen.

Frankreich steht im Begriff, sich vorläufig der in in seinem Innern gährenden Elemente durch eine Kolonisation zu entledigen. Diese Kolonisation kann einmal für den Welttheil, dem sie bestimmt ist, eine große Bedeutung erhalten, wenn sie nicht unter dem taitischen Himmel erschläft. Sechstausend Köpfe — wenn sie nicht unter dem taitischen Himmel erschläft. Sechstausend Köpfe oder vielmehr Familien, denn Weib und Kind gehen mit — und was für Köpfe darunter, die sind im Stande, das ganze Polynesien zu centralisiren. England wird am Ende wohl oder übel seine Chartisten auch dahin werfen müssen. Es kann ein kommunistisches Neusparta werden, Proudhon der Lykurg. Für Deutschland sind in nächster Zukunft solche Erleichterungsmittel noch nicht möglich, und zum Glück auch noch nicht nothwendig. Daß sie es nicht werden ist in unsere Hand gegeben. Es heißt hier wie überall: principiis obsta, d. h. zu Deutsch: beuge vor so lange es noch Zeit ist. (Brem. Z.)

\*) Siehe: Ein Jahr in Italien, von Ad. Stahr. Thl. I. S. 51.

